



Dezernat Oberbürgermeister

04.09.2024

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Frau Dr. Schwintek

Telefon: 492-6020

Schwintek@stadt-
muenster.deÖffentliche **Berichtsvorlage**

Betrifft

Anregung Nr. 2024-00033 "Frieden in Nahost und in Münster"

Beratungsfolge

11.09.2024 Rat

Bericht

Bericht:

Am 7. Oktober 2023 verübte die radikalislamische Hamas einen Terrorangriff auf Israel, bei dem sie über 1.000 Menschen auf grausame Weise ermordete und mehr als 240 Menschen – darunter Kinder, Frauen und Ältere – als Geiseln nahm. Diese Ereignisse haben international Bestürzung ausgelöst, gleichzeitig aber auch zu einer besorgniserregenden Zunahme antisemitischer Straftaten geführt – sowohl weltweit als auch in Münster. Der Rat der Stadt Münster verabschiedete deshalb am 8. November 2023 eine Resolution mit dem Titel „Münster engagiert sich gegen Antisemitismus und bekennt sich zum Staat Israel“ (A-R/0056/2023).

In der Sitzung des Rates vom 24. April 2024 wurde die Anregung Nr. 2024-00033 gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „Frieden in Nahost und in Münster“ bekanntgegeben. Zur Anregung Nr. 2024-00033 lagen zu dem Zeitpunkt neun wortgleiche Anregungen vor, die unter dieser lfd. Nr. zusammengefasst wurden (s. Berichtsvorlage V/0238/2024/1). Es wird angeregt, dass der Rat die Bundesregierung auffordert, sich nachdrücklich für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen im Nahostkonflikt zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten einzusetzen. Darüber hinaus solle sich der Rat „mit demselben Engagement für die Menschenrechte der palästinensischen und der israelischen Zivilbevölkerung, gegen Antisemitismus und sowohl für das Existenzrecht Israels als auch für das Existenzrecht Palästinas“ einsetzen.

Hierzu ist festzustellen, dass die Frage der Anerkennung eines palästinensischen Staates nicht in der Hand der Kommunen liegt, sondern bei der Bundesregierung. Jede Aufforderung in dieser Hinsicht muss durch einen demokratischen Prozess innerhalb der politischen Parteien des Rates erfolgen.

In der Sitzung des Rates vom 19. Juni 2024 wurde die Anregung Nr. 2024-00033 unter Punkt 2 der Tagesordnung behandelt. Bei der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner wurde das Thema zuvor bereits mit der Frage EF/0006/2024 („Friedliches Zusammenleben in unserer Stadt“) aufgegriffen. Die Frage lautete:

„Friedliches Zusammenleben in unserer Stadt: Sind die Fraktionen bereit, sich mit dem gleichen Engagement wie in der Resolution des Rates vom 8.11.2023 für die Menschenrechte der israelischen Bevölkerung einzusetzen?“

lischen Zivilbevölkerung, gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels auch für die Menschenrechte der palästinensischen Zivilbevölkerung, das Existenzrecht Palästinas und ein Ende des Krieges einzusetzen und die Bundesregierung aufzufordern, sich nachdrücklich für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einzusetzen?“

Im Namen der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Internationale Fraktion Die PARTEI/ÖDP und Ratsgruppe Volt verlas Oberbürgermeister Markus Lewe im Anschluss an die Frage ein gemeinsames Statement. In diesem Statement hielten die beteiligten Fraktionen und Ratsgruppen unter anderem fest:

„Wir sind gut beraten, das Instrument der Resolution im Rat sparsam und mit Bedacht einzusetzen. Es muss auf dringende Probleme reagieren und einen direkten Bezug zur Stadt Münster haben. Gerade bei kontroversen Themen gilt es doch, sich der (totalitären) Logik des Dauerkommentars zu entziehen, die aus jedem Nicht-Kommentar einen Verdachtsfall macht.

Die am 8. November 2023 verabschiedete Resolution „Münster engagiert sich gegen Antisemitismus und bekennt sich zum Staat Israel“ war - wie von den beteiligten Ratsparteien kommuniziert - eine notwendige Ausnahme angesichts des auch in Münster stärker sichtbar gewordenen Antisemitismus. In der Regel sollten wir zurückhaltend mit Stellungnahmen an die Bundesregierung sein und uns auf unsere kommunale Aufgabe konzentrieren: die Förderung des friedlichen Zusammenlebens vor Ort.

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel und seine furchtbaren Folgen für die Zivilbevölkerung in Israel und Gaza sind weiterhin Gegenstand intensiver Diskussionen auf internationaler Ebene. Weltweit gibt es wichtige diplomatische Bemühungen und kritische Stimmen. Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft arbeiten an nachhaltigen Lösungen und Perspektiven für beide Seiten. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine weitere Ratsresolution aus Münster.

Eine einseitige Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand ohne Anerkennung des Selbstverteidigungsrechts Israels wird der Komplexität des Konflikts und dem Ernst der Lage nicht gerecht. Die Menschenrechte aller Beteiligten sind unteilbar und bedürfen keiner zusätzlichen Resolution, um unsere Unterstützung zu erfahren. In unserer Tradition des friedlichen Dialogs und der Menschlichkeit setzen wir weiter auf Verständigung, Respekt und das Streben nach einer Friedensperspektive für alle Menschen in dieser schwierigen Zeit.“

Als Stadt des Westfälischen Friedens setzt sich die Stadt Münster weiterhin für „Frieden durch Dialog“ und den interreligiösen Austausch ein. Zahlreiche Projekte, Initiativen und regelmäßige Formate und nicht zuletzt das vielfältige Programm zum Jubiläumsjahr „375 Jahre Westfälischer Frieden“ unterstreichen das Engagement der Stadt Münster und der Stadtgesellschaft für eine friedliche und offene Gesellschaft.

gez.
Markus Lewe

Anlagen:

- Resolution „Münster engagiert sich gegen Antisemitismus und bekennt sich zum Staat Israel“ (A-R/0056/2023) vom 31.10.2023
- Anregung Nr. 2024-00033 gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 10.4.2024
- Statement zur Beantwortung von EF/0006/2024 in der Sitzung des Rates vom 19.6.2024